Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen am **15.05.2003**, Tagungsort Sitzungssaal der Marktgemeinde Waizenkirchen im Schloss Weidenholz.

Anwesende

1. Bgm. Ing. Josef Dopler, Hausleiten 25	ÖVP
2. GVM. Wolfgang Degeneve, Jänergasse 19	ÖVP
3. GVM. Rudolf Hinterberger, Schurrerprambach 5	ÖVP
4. GVM. Hermann Hebertinger, Thallham 4	SPÖ
5. GVM. Peter Reichert, Klosterstr. 16	FPÖ
6. GR. Hubert Steiner, Grillparz 2	ÖVP
7. GR. Alfred Schauer, Feldweg 2	ÖVP
8. GR. Margret Haider, Moospolling 9	ÖVP
9. GR. Gabriele Vierziger, Thallham 12	ÖVP
10. GR. Josef Mair, Willersdorf 3	ÖVP
11. GR. Markus Huemer, Willersdorf 7	ÖVP
12. GR. Herbert Fleischanderl, Inzing 19	ÖVP
13. GR. Franz Scheiterbauer, Dittenbach 6	ÖVP
14. GR. Karl Faltyn, Jänergasse 17	SPÖ
15. GR. Franz Helmhart, Keppling 10	SPÖ
16. GR. Erwin Weissenböck, Unterwegbach 29	SPÖ
17. GR. Dietmar Schmutzhart, Marktplatz 8	FPÖ
18. GR. Reinhold Jaudas, Schulberg 5	FPÖ
19. GR. Rudolf Mair, Fadingerstr. 27	LF&U

Ersatzmitglieder:

Ers. Helmut Auinger, Keppling 11 f. GVM. Josef Mayr	ÖVP
Ers. Raimund Burgstaller, Oberwegbach 8 f. Vbgm. Rudolf Weinzierl	ÖVP
Ers. Erna Humberger, Fadingerstr. 6 f. GR. Max Petric	ÖVP
Ers. Herbert Jany, Ritzing 11 f. GR. Franz Scheiterbauer	ÖVP
Ers. Helmut Ehrenguber, Imperndorf 6 f. GR. Stefan Leithinger	SPÖ

Entschuldigt:

GVM. Josef Mayr, Stillfüssing 9	ÖVP
Vbgm. Rudolf Weinzierl, Fadingerstr. 23	ÖVP
GR. Alfred Schauer, Feldweg 2	ÖVP
GR. Klaus Schatzl, Fasanweg 4	ÖVP
Ers. Roman Gföllner, Kramerstr. 6	ÖVP
GR. Stefan Leithinger, Aschach 5 (Befreiung von der Anwesenheitspflicht lt. GR-Beschluss v. 7.11.2002)	SPÖ
GR. Ing. Mag. Andreas Aumayr, Webereistr. 2	LIF&U

Der Leiter des Gemeindeamtes: Amtsleiter-Stv. Josef Rabeder

Der Schriftführer: Josef Rabeder

Der Bürgermeister eröffnet sodann um 20.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm, dem Bürgermeister einberufen wurde;
- b) die Verständigung hiezu an alle Mitglieder zeitgerecht am 8., 12., 14. u. 15.5.2003 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- c) die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am 8.5.2003 öffentlich kundgemacht wurde;
- d) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- e) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 8.4.2003 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Gem. § 54 Abs. 3 der OÖ. GemO 1990 idgF werden von den Gemeinderatsfraktionen folgende Personen für die Unterzeichnung der Verhandlungsschrift bekanntgegeben:

ÖVP	GR. Alfred Schauer
SPÖ	GR. Karl Faltyn
FPÖ	GR. Reinhold Jaudas
LF&U	GR. Rudolf Mair

Zuweisungen:

- Straßenmeisterei Peuerbach; Kostenschätzung über die Errichtung von Längsparkplätzen an der Michaelnbach-Stauff-Landesstraße – an den Straßenausschuss
- Österr. Rotes Kreuz; Ersthelfer-Defibrillationsprojekt – an den Ausschuss für Sozialangelegenheiten, Kindergarten und Schulen
- Unterschriftenaktion; Höhere Strafen für Kindesmissbrauch – an den Ausschuss für Sozialangelegenheiten, Kindergarten und Schulen
- Aktionstag „Mobil ohne eigenes Auto am 22. September 2003“ an den Ausschuss für örtliche Umweltfragen, Wohnungs- und Gebäudeangelegenheiten
- Einladung Symposium Spielraum Freiraum - an den Ausschuss für Sozialangelegenheiten, Kindergarten und Schulen
- Johann Mair, Grillparz 7; Ansuchen um Anschluss an die Ortskanalisation – an den Bauausschuss
- Safeguard; Parkraumbewirtschaftung u. Überwachung des ruhenden Verkehrs – an den Straßenausschuss

Dringlichkeitsantrag:

Herr Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass er folgenden Dringlichkeitsantrag einbringen wird:

Gegenstand: Pensionskassenvorsorge für Oö. Gemeinde-Vertragsbedienstete; Erteilung einer Vollmacht an das Land OÖ

Begründung der Dringlichkeit:

Bei der Erstellung der Tagesordnung wurde übersehen, diesen Punkt aufzunehmen, obwohl er vom Gemeindevorstand bereits vorberaten wurde. Um die Angelegenheit nicht noch mehr zu verzögern, möge die Dringlichkeit zuerkannt werden.

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben und als TOP 16.) behandelt.

Tagesordnung:

- 1) Bericht des örtlichen Prüfungsausschusses
- 2) Bestellung eines Gemeindegeldkassenführers
- 3) Nachbauer Helmut, Punzing 1; Berufung gegen die Vorschreibung der Wasserleitungsanschlussgebühr
- 4) Nachbauer Helmut, Punzing 1; Berufung gegen die Vorschreibung der Kanalanschlussgebühr
- 5) Richtlinien für die Wirtschafts- und Arbeitsplatzförderungsmaßnahmen; Beratung und Beschlussfassung
- 6) Wohnungsangelegenheiten
- 7) Vergabe des Asphaltierungsarbeiten 2003 beim Gemeindestraßen- und Güterwegebau
- 8) Güterweg Waldweidenholz; Baugrundsatzbeschluss, Beschluss des Gemeindeanteiles und der Kassen- und Schriftführung
- 9) Güterweg Grillparz; Baugrundsatzbeschluss, Beschluss des Gemeindeanteiles und der Kassen- und Schriftführung
- 10) Güterweg Steinparz; Baugrundsatzbeschluss, Beschluss des Übereinkommens und der Kassen- und Schriftführung
- 11) Dipl.Ing. Günter Humer, Geboltskirchen; Honorarvorschlag für die Erweiterung eines Hochwasserschutzprojektes – Auftragsvergabe
- 12) Abwasserbeseitigungsanlage BA 08 – Auftragsvergabe der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten
- 13) Abschluss einer Vereinbarung mit der UNION Waizenkirchen zur Übertragung eines Baurechtes zum Zwecke der Errichtung und Betrieb eines Vereinsheimes mit Turnhalle
- 14) Sanierung Freibad – Bericht
- 15) Erlassung einer Badeordnung für das Freibad Waizenkirchen
- 16) Pensionskassenvorsorge für Oö. Gemeinde-Vertragsbedienstete; Erteilung einer Vollmacht an das Land OÖ - DRINGLICHKEITSANTRAG
- 17) Allfälliges

Beratung und Beschlussfassung:

Zu Pkt. 1.) der TO.: Bericht des örtlichen Prüfungsausschusses

Herr GR. Karl Faltyn bringt folgenden Bericht von der Prüfungsausschusssitzung am 23.4.2003:

Überprüfung der Personalausbildung und Personalfortbildung (VAST 1/091000/590000 Freiwillige soziale Leistungen, Kursbeiträge und Fahrtkosten) Finanzjahr 2000-2002

Der Obmann erklärt, dass die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen des Personals bisher noch nie überprüft wurden und er daher die heutige Prüfung angesetzt hat. Er ersucht Herrn Rabeder um nähere Erläuterungen.

Herr Rabeder berichtet, dass sich die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Bediensteten am Gemeindeamt in den Jahren 2000 – 2002 wie folgt zusammensetzen.

	2000	2001	2002
Kursbeiträge	öS 40.945,--	öS 78.627,64	€ 6.264,37
Fahrtkosten u. Tag- gelder f. Kursbesuche	öS 9.931,24	öS 15.197,34	€ 2.245,42

Herr Rabeder erläutert in der Folge noch eingehender die einzelnen Buchungen und erklärt den Grund der Kursbesuche.

Anhand der übersichtlich geführten Unterlagen wurden die Ausgaben überprüft und für richtig befunden.

Ab dem Jahre 2001 ist eine Steigerung der Ausgaben für Kursbesuche und Fahrtkosten zu verzeichnen, welche damit begründet werden, dass ständig neue Aufgaben auf die Gemeinde zukommen und für die Bewältigung dieser Aufgaben neue EDV-Programme angeschafft werden mussten. Dafür waren und sind auch entsprechende Schulungen erforderlich.

Zusammenfassend wird vom Prüfungsausschuss einstimmig festgestellt, dass eine gewissenhafte Aus- und Weiterbildung für alle Bediensteten unbedingt notwendig ist, da es sich bei der Gemeinde um einen Dienstleistungsbetrieb handelt und die bürgerfreundliche Verwaltung sichergestellt werden muss. Dazu sind gut ausgebildete Bedienstete Voraussetzung.

Es wird auch festgestellt, dass die Ausgaben für die Aus- und Weiterbildung sinnvoll und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sparsam durchgeführt wurden.

Es wird angeregt, bei der Voranschlagserstellung die Ausgaben für Aus- und Weiterbildung der Gemeindebediensteten höher anzusetzen, da die Erfordernisse auch in Hinkunft nicht abnehmen werden.

Angeregt wird vom Prüfungsausschuss, den Bediensteten auch den Besuch von persönlichkeitsbildenden Seminaren im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu gewähren bzw. derartige Seminare auch vor Ort durchzuführen.

Herr GR. Faltyn ersucht in diesem Zusammenhang, Herrn AR. Borstnar den Dank für seine jahrelange Tätigkeit als Kassenleiter zu übermitteln.

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Bericht wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Zu Pkt. 2.) der TO.: Bestellung eines Gemeinkassenführers

Herr Bürgermeister Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

In Durchführung der geltenden Bestimmungen der Oö. Gemeindeordnung und der GemHKRO ist vom Gemeinderat ein Kassenführer zu bestellen. Bis 31.05.2003 ist Herr AR Alois Borstnar Gemeinkassenführer. Durch Versetzung in den Ruhestand endet auch die mit Beschluss des Gemeinderates vom 15.12.1988 übertragene Funktion. Ab 01. Juni 2003 werden die Kassengeschäfte durch Herrn Wolfgang Vorauer geführt.

Der Gemeindevorstand befasste sich in seiner Sitzung am 06.05.2003 mit der gegenständlichen Angelegenheit und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung folgenden Antrages.

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Herr Wolfgang Vorauer wird ab 1. Juni 2003 im Sinne der Bestimmungen des § 89 Oö. Gemeindeordnung 1990 und § 28 der Gemeindehaushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung 2002 zum Gemeindegeldempfänger bestellt.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 23, davon stimmen

(B) für den Antrag: 23 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Herr GR. Faltyn erklärte sich bei diesem Punkt für befangen und war während der Beratung und Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Zu Pkt. 3.) der To.: Nachbauer Helmut, Punzing 1; Berufung gegen die Vorschreibung der Wasseranschlussgebühr

Herr GVM. Wolfgang Degeneve berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Herrn Helmut Nachbauer, 4730 Waizenkirchen, Punzing 1 und Frau Bettina Ortner, 4731 Prambachkirchen, Tannenweg 1 wurde mit Bescheid vom 9.4.2003 die Wasseranschlussgebühr für ihr neu errichtetes Einfamilienhaus in der Hohenfeldstraße vorgeschrieben.

Mit Schreiben vom 30.4.2003 hat Herr Nachbauer gegen diese Vorschreibung Berufung eingebracht und begründet diese mit seiner Ansicht nach unrichtigen Berechnung der Wasseranschlussgebühr.

Die Berechnung wurde daher nochmals einer eingehenden Prüfung unterzogen, wobei jedoch keine fehlerhafte Berechnung festgestellt werden konnte.

Der Gemeindevorstand befasste sich in seiner Sitzung am 6.5.2003 mit der Angelegenheit und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung folgenden Antrages:

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

MARKTGEMEINDEAMT 4730 WAIZENKIRCHEN

Waizenkirchen, am

4730 Waizenkirchen, Marktplatz 3

Tel. 07277/2255-0

Fax 07277/2655

DVR. 0025917

e-mail: j.rabeder@waizenkirchen.ooe.gv.at

Bearbeiter: Hr. Rabeder

Herrn
Helmut Nachbauer
Punzing 1
4730 Waizenkirchen

Frau
Bettina Ortner
Tannenweg 1
4731 Prambachkirchen

Zahl: Fin-308/895(Ra)

Betreff: Ihre Berufung vom 30.4.2003 gegen den Bescheid des Bürgermeisters der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 9.4.2003, Fin-308/12585 (N) über die Vorschreibung der Wasseranschlussgebühren für Ihre Liegenschaft Hohenfeldstr. 5

B e s c h e i d

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Waizenkirchen hat sich mit Ihrer obgenannten Berufung in der Sitzung am 15.5.2003 befasst und es ergeht aufgrund des dabei gefassten Gemeinde-ratsbeschlusses folgender

S p r u c h

Gemäß § 48 Abs. (1) Z. 2, lit b der Landesabgabenordnung 1996, LGBl.Nr. 107/1996 idgF in Verbindung mit § 95 (1) der OÖ. Gemeindeordnung 1990, LGBl.Nr. 91/1990 idgF sowie aufgrund der Wassergebührenordnung der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 18.12.1989 idgF wird Ihre Berufung gegen den Bescheid des Bürgermeisters vom 9.4.2003, Zl. Fin-308/12585 (N) als unbegründet abgewiesen und der genannte Bescheid des Bürgermeisters vollinhaltlich bestätigt.

B e g r ü n d u n g

Aufgrund des Anschlusses Ihrer bebauten Liegenschaft Hohenfeldstr. 5 an die öffentliche Wasserversorgungsanlage wurde Ihnen mit Bescheid vom 9.4.2003 nach den Bestimmungen der Wassergebührenordnung der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 18.12.1989 idgF die Wasserleitungsanschlussgebühr vorgeschrieben.

Gegen diesen Bescheid haben Sie innerhalb offener Frist mit Schreiben vom 30.4.2003 Berufung eingebracht und diese wie folgt begründet:

1. Im Erdgeschoß wurde auch die unverbaute Terrasse mit in die Flächenberechnung aufgenommen. Es handelt sich dabei um eine ganz normale Terrasse, welche aus meiner Sicht nicht zum Bauwerk gerechnet werden kann.
2. Im Abstellraum und in der Garage sind keine Wasseranschlüsse geplant. Ich würde Sie daher bitten, bei diesen Flächen von einer Anrechnung abzusehen.
3. Die Wohnfläche lt. Einreichplan für das Erdgeschoß beträgt knapp 100 m², Ihre Berechnungen 220 m². Ich würde Sie bitten, Ihre Berechnungen noch mal zu prüfen.
4. Die Wohnfläche lt. Einreichplan für das Dachgeschoß beträgt knapp 100 m², Ihre Berechnungen ergeben 120 m². Ich würde Sie bitten, Ihre Berechnungen noch mal zu prüfen.

Die Berufungsbehörde hat über Ihre Berufung wie folgt erwogen:

Lt. § 2 Abs. 1 u. 2 der Wassergebührenordnung der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 18.12.1989 idgF berechnet sich die Wasserleitungsanschlussgebühr wie folgt:

- (1) Die Wasserleitungs-Anschlussgebühr beträgt für bebaute Grundstücke (ausgenommen bestehende landwirtschaftliche Liegenschaften) je Quadratmeter der Bemessungsgrundlage nach Abs. (2) Euro 10,20, mindestens aber Euro 1.530,--.
- (2) Die Bemessungsgrundlage für bebaute Grundstücke bildet bei eingeschößiger Bebauung die Quadratmeteranzahl der bebauten Fläche, bei mehrgeschößiger Bebauung die Summe der bebauten Fläche der einzelnen Geschoße jener Bauwerke, die einen unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage aufweisen. Die errechnete Bemessungsgrundlage ist auf volle Quadratmeter abzurunden. Dach- und Kellergeschoße bzw. **Dachräume** werden nur in jenem Ausmaß berücksichtigt, als sie für Wohn-, Geschäfts- und Betriebszwecke benützlich ausgebaut sind. Garagen sind nur dann in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen, wenn sie einen unmittelbaren Wasseranschluss aufweisen.

Die Berechnung der Kanalanschlussgebühr wurde anhand der vorliegenden Planunterlagen nochmals überprüft und konnte keine unrechtmäßige Berechnung der Wasserleitungsanschluss-

gebühr festgestellt werden.

Bezugnehmend auf die einzelnen Punkte Ihrer Berufung wird dies im Detail wie folgt erörtert:

- zu 1.) Die Terrasse in Verlängerung der Außenmauern gehört eindeutig zur bebauten Fläche und war daher in die Berechnung miteinzubeziehen. Die über die Flucht der Außenmauern hinausgehende Terrasse wurde nicht mitgerechnet.
- zu 2.) Die Flächen des Abstellraumes und der Garage wurden entgegen der Darstellung in der Berufung **nicht** in die Berechnung miteinbezogen.
- zu 3.) und zu 4.) Bei der Berechnung der Wasserleitungsanschlussgebühr ist gem. § 2 der Wassergebührenordnung von der **bebauten Fläche** als Berechnungsgrundlage auszugehen und nicht von der Wohnfläche. Allerdings wurde im Erdgeschoß eine bebaute Fläche von tatsächlich 147 m² und nicht wie in der Berufung angeführt, 220 m² zugrunde gelegt.

Aus den angeführten Gründen kann daher Ihrer Berufung nicht stattgegeben werden und wird der erstinstanzliche Bescheid des Bürgermeisters bestätigt.

Vorstellungsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist die Vorstellung zulässig, die innerhalb zwei Wochen schriftlich, telegrafisch, fernschriftlich oder nach Maßgabe der bei der Behörde zur Verfügung stehenden Mittel auch im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder eines Telekopierers beim Marktgemeindeamt Waizenkirchen eingebracht werden kann.

Zustellungshinweis

Mit der Zustellung an eine der im Bescheid genannten Personen gilt die Zustellung dieses /escheides an alle als vollzogen (§ 76 OÖ. LAO, LGBl. 107/1996)

Der Bürgermeister:

(Vbgm. Rudolf Weinzierl)

Debatte:

Herr GR. Faltyn ist auch der Meinung, dass man die Berufung abweisen muss, zumal sich die Berechnung als richtig herausgestellt hat. Man könnte allerdings über eine Stundung reden. Herr Rabeder berichtet nochmals kurz über den Sachverhalt und dass der Gemeindevorstand auch bereits über eine Stundung beraten hat.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 4.) der To.: Nachbauer Helmut, Punzing 1; Berufung gegen die Vorschreibung der Kanalanschlussgebühr

Herr GVM. Wolfgang Degeneve berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Herrn Helmut Nachbauer, 4730 Waizenkirchen, Punzing 1 und Frau Bettina Ortner, 4731 Prambachkirchen, Tannenweg 1 wurde mit Bescheid vom 9.4.2003 die Kanalanschlussgebühr für ihr neu errichtetes Einfamilienhaus in der Hohenfeldstraße vorgeschrieben.

Mit Schreiben vom 30.4.2003 hat Herr Nachbauer gegen diese Vorschreibung Berufung eingebracht und begründet diese mit seiner Ansicht nach unrichtiger Berechnung der Kanalanschlussgebühr.

Die Berechnung wurde daher nochmals einer eingehender Prüfung unterzogen, wobei jedoch keine fehlerhafte Berechnung festgestellt werden konnte.

Der Gemeindevorstand befasste sich in seiner Sitzung am 6.5.2003 mit der Angelegenheit und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung folgenden Antrages:

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

MARKTGEMEINDEAMT 4730 WAIZENKIRCHEN

Waizenkirchen, am

4730 Waizenkirchen, Marktplatz 3

Tel. 07277/2255-0

Fax 07277/2655

DVR. 0025917

e-mail: j.rabeder@waizenkirchen.ooe.gv.at

Bearbeiter: Hr. Rabeder

Herrn
Helmut Nachbauer
Punzing 1
4730 Waizenkirchen

Frau
Bettina Ortner
Tannenweg 1
4731 Prambachkirchen

Zahl: Fin-331/254 (Ra)

Betreff: Ihre Berufung vom 30.4.2003 gegen den Bescheid des Bürgermeisters der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 9.4.2003, Fin-331/12585 (N) über die Vorschreibung der Kanalanschlussgebühren für Ihre Liegenschaft Hohenfeldstr. 5

B e s c h e i d

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Waizenkirchen hat sich mit Ihrer obgenannten Berufung in der Sitzung am 15.5.2003 befasst und es ergeht aufgrund des dabei gefassten Gemeinderatsbeschlusses folgender

S p r u c h

Gemäß § 48 Abs. (1) Z. 2, lit b der Landesabgabenordnung 1996, LGBl.Nr. 107/1996 idgF in Verbindung mit § 95 (1) der OÖ. Gemeindeordnung 1990, LGBl.Nr. 91/1990 idgF sowie aufgrund der der Kanalanschlussgebührenordnung der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 18.12.1989 idgF wird Ihre Berufung gegen den Bescheid des Bürgermeisters vom 9.4.2003, Zl. Fin-331/12585 (N) als unbegründet abgewiesen und der genannte Bescheid des Bürgermeisters vollinhaltlich bestätigt.

B e g r ü n d u n g

Aufgrund des Anschlusses Ihrer bebauten Liegenschaft Hohenfeldstr. 5 an die öffentliche Kana-

lisation wurde Ihnen mit Bescheid vom 9.4.2003 nach den Bestimmungen der Kanalanschlussgebührenordnung der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 18.12.1989 idgF die Kanalanschlussgebühr vorgeschrieben.

Gegen diesen Bescheid haben Sie innerhalb offener Frist mit Schreiben vom 30.4.2003 Berufung eingebracht und diese wie folgt begründet:

5. Im Erdgeschoß wurde auch die unverbaute Terrasse mit in die Flächenberechnung aufgenommen. Es handelt sich dabei um eine ganz normale Terrasse, welche aus meiner Sicht nicht zum Bauwerk gerechnet werden kann.
6. Im Abstellraum und in der Garage sind keine Wasseranschlüsse geplant. Ich würde Sie daher bitten, bei diesen Flächen von einer Anrechnung abzusehen.
7. Die Wohnfläche lt. Einreichplan für das Erdgeschoß beträgt knapp 100 m², Ihre Berechnungen 220 m². Ich würde Sie bitten, Ihre Berechnungen noch mal zu prüfen.
8. Die Wohnfläche lt. Einreichplan für das Dachgeschoß beträgt knapp 100 m², Ihre Berechnungen ergeben 120 m². Ich würde Sie bitten, Ihre Berechnungen noch mal zu prüfen.

Die Berufungsbehörde hat über Ihre Berufung wie folgt erwogen:

Lt. § 2 Abs. 3 u. 4 der Kanalanschlussgebührenordnung der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 18.12.1989 idgF berechnet sich die Kanalanschlussgebühr wie folgt:

a) Die Kanalanschlussgebühr nach der Verrechnungsfläche beträgt bei einer Einmündungsstelle in den öffentlichen Kanal je Quadratmeter der Bemessungsgrundlage nach Abs. (4) Euro 16,80.

b) Die Bemessungsgrundlage für die Verrechnungsfläche bildet bei eingeschobiger Verbauung die Quadratmeteranzahl der verbauten Grundfläche, bei mehrgeschoßiger Verbauung die Summe der verbauten Fläche der einzelnen Geschoße jener Bauwerke, die einen unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss an das gemeindeeigene, öffentliche Kanalnetz aufweisen. Bei der Berechnung ist auf die volle Quadratmeteranzahl der einzelnen Geschoße abzurunden. Dach- und Kellergeschoße bzw. Dachräume werden nur in jenem Ausmaß berücksichtigt, als sie für Wohn-, Geschäfts- und Betriebszwecke benützlich ausgebaut sind. Garagen sind nur dann in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen, wenn sie eine Abwasserableitung zum Kanal aufweisen.

Die Berechnung der Kanalanschlussgebühr wurde anhand der vorliegenden Planunterlagen nochmals überprüft und konnte keine unrechtmäßige Berechnung der Kanalanschlussgebühr festgestellt werden.

Bezugnehmend auf die einzelnen Punkte Ihrer Berufung wird dies im Detail wie folgt erörtert:

- zu 4.) Die Terrasse in Verlängerung der Außenmauern gehört eindeutig zur bebauten Fläche und war daher in die Berechnung miteinzubeziehen. Die über die Flucht der Außenmauern hinausgehende Terrasse wurde nicht mitgerechnet.
- zu 5.) Für die Berechnung der Kanalanschlussgebühr ist es unerheblich, ob in Abstellraum und Garage ein Wasseranschluss vorhanden ist. Gem. § 2 Abs. 4 der Kanalanschlussgebührenordnung ist bei eingeschossiger Bebauung die Quadratmeteranzahl der bebauten Grundfläche und somit auch die Quadratmeteranzahl für Garage und Abstellraum der Berechnung zugrunde zu legen. Da aufgrund des im Ortszentrum von Waizenkirchen vorhandenen Mischsystems in die Kanalisation auch Dachwässer eingeleitet werden, verfügt die Garage somit mittelbar auch über einen Kanalanschluss und ist daher in die Berechnung mit einzubeziehen.
- zu 6.) und 4.) Bei der Berechnung der Kanalanschlussgebühr wird gem. § 2 Abs. 4 eindeutig die **bebaute Fläche** als Berechnungsgrundlage herangezogen und nicht die Wohnfläche.

Aus den angeführten Gründen kann daher Ihrer Berufung nicht stattgegeben werden und wird der erstinstanzliche Bescheid des Bürgermeisters bestätigt.

Vorstellungsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist die Vorstellung zulässig, die innerhalb zwei Wochen schriftlich, telegrafisch, fernschriftlich oder nach Maßgabe der bei der Behörde zur Verfügung stehenden Mittel auch im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder eines Telekopierers beim

auch im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder eines Telekopierers beim Marktgemeindeamt Waizenkirchen eingebracht werden kann.

Zustellungshinweis

Mit der Zustellung an eine der im Bescheid genannten Personen gilt die Zustellung dieses /escheides an alle als vollzogen (§ 76 OÖ. LAO, LGBl. 107/1996)

Der Bürgermeister:

(Vbgm. Rudolf Weinzierl)

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen
(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.
Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt.5.) der TO.: Richtlinien für Wirtschafts- und Arbeitsplatzförderungsmaßnahmen Beratung und Beschlussfassung

Herr GR. Max Petric berichtet namens des Ausschusses für Wirtschaftsfragen, Sport- und Kulturangelegenheiten:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 20.3.1997 Richtlinien für die Förderung von Neugründungen eines Handels-, Gewerbe-, Industrie- oder Fremdenverkehrsbetriebes in Waizenkirchen beschlossen.

Nach Vorgabe der Checklist des Amtes der oö. Landesregierung für die Vertragsgestaltung bei Betriebsförderungen sind die Förderungsrichtlinien anzupassen bzw. ist die Förderung bei Betriebsneugründungen und Schaffung von Arbeitsplätzen mit einem einheitlichen Prozentsatz festzulegen.

Der Ausschuss für Wirtschaftsfragen, Sport- und Kulturangelegenheiten hat sich in seiner Sitzung am 28.4.2003 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung folgenden Antrages:

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die RICHTLINIEN für Wirtschafts- und Arbeitsplatzförderungsmaßnahmen der Marktgemeinde Waizenkirchen werden wie folgt geändert:

Pkt. A) Förderungsumfang, a) Betriebsneugründungen hat zu lauten:

a) Betriebsneugründungen

Für Betriebsneugründungen in Waizenkirchen wird für einen Zeitraum von 5 Jahren die anfallende Kommunalsteuer zu 30% in Form einer Subvention für die erfolgte Betriebs-

ansiedlung rückerstattet. Eine Änderung der Betriebsstruktur, z.B. auf Grund von Insolvenz des Betriebes oder der Anteilsverhältnisse innerhalb der Familie oder Gesellschaft berechtigt nicht zu einer neuerlichen Betriebsförderung laut den Richtlinien.

Voraussetzung für diese Rückerstattung ist, dass die im Sinne der Bestimmungen des Kommunalsteuergesetzes 1993, BGBl.Nr. 819/93 i.d.g.F., anfallende Kommunalsteuer jeweils pünktlich entrichtet wird.

Am Ende des Betriebsjahres wird die entrichtete Kommunalsteuer in Summe ermittelt und davon 30 % als Subvention für die Betriebsansiedlung in Waizenkirchen bis spätestens 30.06. des Folgejahres rückerstattet.“

Debatte:

Herr GR. Faltyn stellt die Anfragen, ab wann die Regelung gilt und ob auch die Betriebe des Atrium die Gewerbeförderung in Anspruch nehmen können.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Regelung ab sofort gilt und die Betriebe im Atrium die Förderung ebenfalls erhalten, wenn sie die Fördervoraussetzungen erfüllen.

Zu Pkt. 6.) Wohnungsangelegenheiten

a) Menekse Hasan – Vermietung der Wohnung im Volksschulgebäude

Herr GVM Peter Reichert berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Die Familie Menekse war bisher im Falterbauerhaus, Hueberstraße 22, eingemietet. Aufgrund des Abrisses des Falterbauerhauses zwecks Neubau eines Union-Tischtennisgebäudes musste für die Fam. Menekse eine Ersatzwohnung bereitgestellt werden.

Für die bisherigen Benützer der Wohnung im Volksschulgebäude konnte eine Ersatzlösung in den Räumlichkeiten des ehemaligen Gendarmerieposten im Gemeindeamtsgebäude gefunden werden, sodass die Wohnung frei wurde und an die Fam. Menekse vermietet werden kann. Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 6.5.2003 die Angelegenheit beraten und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung folgenden Antrages.

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

„ Die Marktgemeinde Waizenkirchen vermietet ab 1. Mai 2003, befristet auf drei Jahre, an Herrn Hasan Menekse, 4730 Waizenkirchen, Hueberstraße 16 die im Volksschulgebäude, Hueberstr. 16 im Erdgeschoß gelegene Wohnung mit einer Gesamtgröße von 71 m² bestehend aus Vorzimmer, Küche, 3 Zimmern, 1 Abstellraum, Bad u. WC. Die Wohnung wird in die Ausstattungskategorie A eingeordnet. Ein entsprechender Mietvertrag ist abzuschließen.“

Abstimmung

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

b) Dipl.Ing.(FH) Walter Plieseis, Bad Ischl – Vermietung eines Büros im ehemaligen Gendarmerieposten

Herr GVM Peter Reichert berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Herr Dipl.Ing. Plieseis hat mit Schreiben vom 14.4.2003 um Vermietung von 2 Büroräumen im ehemaligen Gendarmerieposten ersucht und für ca. 35 m² Bürofläche und 1 WC € 250,-- Miete pro Monat exkl. MWSt. geboten, das sind € 7,14/m².

Bei der Wirtschaftskammer wurden die durchschnittlichen Mietpreise für Gewerbeflächen im Bezirk Grieskirchen erhoben. Diese betragen € 5,-- für Nebenlagen bis € 12,--/m² für Spitzenlagen.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 6.5.2003 die Angelegenheit beraten und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung folgenden Antrages.

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

„ Die Marktgemeinde Waizenkirchen vermietet ab 1. Juli 2003, befristet auf fünf Jahre, an Herrn Dipl.Ing.(FH) Walter Plieseis, 4820 Bad Ischl, Hütterweg 9a die ersten zwei Räume sowie ein WC des ehemaligen Gendarmeriepostens im Gemeindeamtsgebäude mit einer Gesamtgröße von 35 m².

Ein entsprechender Mietvertrag ist abzuschließen.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 7. der TO.) Vergabe der Asphaltierungsarbeiten 2003 beim Gemeindestraßen- und Güterwegebau

Herr GVM. Hinterberger berichtet, dass auch heuer wieder Asphaltierungsarbeiten beim Gemeindestraßen- und Güterwegebau durchgeführt werden sollen.

Es wurden dazu mit den Billigstbieter des Vorjahres, der Fa. Held & Francke, Linz, Preisverhandlungen durchgeführt.

Aufgrund der gestiegenen Rohstoffpreise und der im Vergleich zum Vorjahr relativ geringen Menge (ca. 500 t Mischgut gegenüber ca. 3.500 t im Vorjahr) hat Herr Dir. Ing. Platzl von der Fa. Held & Francke angeboten, die Arbeiten mit einem Preisaufschlag von 3 % gegenüber dem Vorjahr durchzuführen.

Der Straßenausschuss und der Gemeindevorstand befassten sich in ihrer Sitzung am 9.4.2003 bzw. 6.5.2003 mit der Angelegenheit und empfehlen dem Gemeinderat die Beschlussfassung des nachstehenden Antrages.

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die heurigen Asphaltierungsarbeiten der Marktgemeinde Waizenkirchen auf Gemeindestraßen und Güterwege werden an die Fa. Held & Francke, 4030 Linz, Kotzinastraße 4 zum Preis von € 45,--/to BTB 16, fertig eingebaut, vergeben.

Für die Baustelleneinrichtung werden € 340,-- pro Anfahrt nach Waizenkirchen verrechnet.“

Debatte:

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass heuer der GW Wagner, die Corethstraße, Hohenfeldstraße und Wegbachstraße zu asphaltieren sind.

Sollte es mit dem Neubau der Sittlinger Straße nichts werden, könnten eventuell auch noch die Fellingnerstraße und die Gföllnerstraße staubfrei gemacht werden.

Herr GVM. Hebertinger berichtet auch von den Beratungen im Straßenausschuss und er ist der Meinung, dass eine Vergabe aufgrund von Preisverhandlungen sicher für die Gemeinde günstiger kommt.

Auch Herr GR. Schmutzhart schließt sich dieser Meinung an und seine Fraktion wird aufgrund der Erfahrungen in den letzten Jahren zustimmen.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 8.) der TO.: Güterweg „Waldweidenholz“; Baugrundsatzbeschluss, Beschluss des Gemeindeanteiles und der Kassen- und Schriftführung

a) Bau-Grundsatzbeschluss und Beschlussfassung des Gemeindeanteiles

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Bei der straßenrechtl. Bauverhandlung für den Güterweg Waldweidenholz am 24.3.2003 wurde eine Interessentengemeinschaft gebildet, die Schätzung der Gesamtbaukosten vorgenommen und eine Finanzierungsdarstellung erstellt.

Um eine Gleichbehandlung mit früheren Güterwegprojekten sicherzustellen, wurde mit den Interessenten vereinbart, dass die von ihnen geleisteten Beiträge Fixbeträge sind. Sollten die Baukosten letztendlich höher sein als die veranschlagten Kosten, wird der höhere Anteil der Interessenten von der Marktgemeinde Waizenkirchen übernommen.

Der Gemeindevorstand hat sich in seiner Sitzung am 6.5.2003 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung des obigen Antrages.

Herr GVM. Mayr stellt daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Neubau des Güterweges Waldweidenholz wird in Zusammenarbeit mit der Güterwegabteilung und nach Aufnahme in das Bauprogramm des Landes errichtet.

Die Finanzierung des Bauvorhabens Güterweg Waldweidenholz (geschätzte Baukosten derzeit € 51.000,--) wird wie folgt aufgeteilt:

Förderungsmittel des Bundes und Landes

50,00 %

Beitrag der Marktgemeinde Waizenkirchen	26,00 %
Beitrag der Interessentengemeinschaft	24,00 %.

Sollten die Baukosten letztendlich höher als die derzeit geschätzten Kosten sein, übernimmt den Mehranteil der Interessentengemeinschaft die Gemeinde.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
 Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
 (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 24 Mitglieder.
 Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

b) Abschluss eines Übereinkommens mit dem Land Oberösterreich

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Für die Planung, Bauausführung, Bauleitung und Rechnungsführung für den Bau des Güterweges Waldweidenholz ist mit dem Land Oberösterreich ein entsprechendes Übereinkommen abzuschließen.

Der Straßenausschuss hat sich in seiner Sitzung am 9.4.2003 und der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 6.5.2003 mit der Angelegenheit befasst und empfehlen dem Gemeinderat die Beschlussfassung des obigen Antrages.

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler stellt daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

Ü b e r e i n k o m m e n

abgeschlossen zwischen der **Marktgemeinde Waizenkirchen** und dem **Land Oberösterreich** bezüglich

1. der Planung des Güterweges und
2. der Bauleitung, Bauausführung und Rechnungsführung für die Baukosten beim Bau des Güterweges Waldweidenholz

I.

Grundlagen des Übereinkommens sind

für den Punkt 1.:

- a) Antrag der Interessenten um den Bau des gegenständlichen Güterweges
- b) Begehungsniederschrift vom 5.6.2000
- c) § 24, Abs. 3, OÖ. StrG 1991

für den Punkt 2.:

- a) Bescheid zur Bildung der Interessentengemeinschaft gem. § 25, Abs. 5, StrG 1991
- b) Straßenrechtliche Baubewilligung gem. § 32, StrG. 1991

- c) Beschluss der öö. Landesregierung, mit dem die Landesbaudirektion, Abt. Straßenbau, UA. Güterwege mit der Bauleitung, Bauausführung und Rechnungsführung beauftragt wird.

II.

Die Planung des Güterwegprojektes wird von Organen des Landes Oberösterreich (Personal der Unterabteilung Güterwege des Amtes der öö. Landesregierung) durchgeführt und die Bauleitung übernommen. Die Baumaßnahmen werden vom Personal der zuständigen Güterwegmeisterei ausgeführt bzw. überwacht und die Rechnungsführung von der Unterabteilung Güterwege wahrgenommen.

III.

Die in der öö. Gemeindeordnung festgelegten Rechte und Pflichten der Marktgemeinde werden durch die im Pkt. II. getroffenen Festlegungen in keiner Weise beeinträchtigt.

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
 (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 24 Mitglieder.
 Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

c) Übername der Agenden der Kassa- und Schriftführung

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Bei der straßenrechtlichen Bauverhandlung für den Güterweg Waldweidenholz am 24.3.2003 wurde eine Interessentengemeinschaft für den Bau des Güterweges gegründet. Diese Interessentengemeinschaft hat in ihrer Stellungnahme die Gemeinde ersucht, die Kassa- und Schriftführung zu übernehmen. Der Gemeindevorstand hat sich in seiner Sitzung am 6.5.2003 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung nachstehenden

A n t r a g e s,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Marktgemeinde Waizenkirchen übernimmt für den Bau des Güterweges Waldweidenholz für die Interessentengemeinschaft die Kassa- und Schriftführung.“

Zu Pkt. 9.) der TO.: Güterweg „Grillparz“; Baugrundsatzbeschluss, Beschluss des Gemeindeanteiles und der Kassen- und Schriftführung

a) Bau-Grundsatzbeschluss und Beschlussfassung des Gemeindeanteiles

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Bei der straßenrechtl. Bauverhandlung für den Güterweg Grillparz am 24.3.2003 wurde eine

Interessentengemeinschaft gebildet, die Schätzung der Gesamtbaukosten vorgenommen und eine Finanzierungsdarstellung erstellt.

Um eine Gleichbehandlung mit früheren Güterwegprojekten sicherzustellen, wurde mit den Interessenten vereinbart, dass die von ihnen geleisteten Beiträge Fixbeträge sind. Sollten die Baukosten letztendlich höher sein als die veranschlagten Kosten, wird der höhere Anteil der Interessenten von der Marktgemeinde Waizenkirchen übernommen.

Der Gemeindevorstand hat sich in seiner Sitzung am 6.5.2003 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung des obigen Antrages.

Herr GVM. Mayr stellt daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Neubau des Güterweges Grillparz wird in Zusammenarbeit mit der Güterwegabteilung und nach Aufnahme in das Bauprogramm des Landes errichtet.

Die Finanzierung des Bauvorhabens Güterweg Grillparz (geschätzte Baukosten derzeit € 110.000,--) wird wie folgt aufgeteilt:

Förderungsmittel des Bundes und Landes	50,00 %
Beitrag der Marktgemeinde Waizenkirchen	41,09 %
Beitrag der Interessentengemeinschaft	8,91 %.

Sollten die Baukosten letztendlich höher als die derzeit geschätzten Kosten sein, übernimmt den Mehranteil der Interessentengemeinschaft die Gemeinde.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

b) Abschluss eines Übereinkommens mit dem Land Oberösterreich

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Für die Planung, Bauausführung, Bauleitung und Rechnungsführung für den Bau des Güterweges Grillparz ist mit dem Land Oberösterreich ein entsprechendes Übereinkommen abzuschließen.

Der Straßenausschuss hat sich in seiner Sitzung am 9.4.2003 und der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 6.5.2003 mit der Angelegenheit befasst und empfehlen dem Gemeinderat die Beschlussfassung des obigen Antrages.

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler stellt daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

Ü b e r e i n k o m m e n

abgeschlossen zwischen der **Marktgemeinde Waizenkirchen** und dem **Land Oberösterreich** bezüglich

3. der Planung des Güterweges und

4. der Bauleitung, Bauausführung und Rechnungsführung für die Baukosten beim Bau des Güterweges Grillparz

I.

Grundlagen des Übereinkommens sind

für den Punkt 1.:

- a) Antrag der Interessenten um den Bau des gegenständlichen Güterweges
- b) Begehungsniederschrift vom 3.8.1993
- c) § 24, Abs. 3, OÖ. StrG 1991

für den Punkt 2.:

- d) Bescheid zur Bildung der Interessentengemeinschaft gem. § 25, Abs. 5, StrG 1991
- e) Straßenrechtliche Baubewilligung gem. § 32, StrG. 1991
- f) Beschluss der oö. Landesregierung, mit dem die Landesbaudirektion, Abt. Straßenbau, UA. Güterwege mit der Bauleitung, Bauausführung und Rechnungsführung beauftragt wird.

II.

Die Planung des Güterwegprojektes wird von Organen des Landes Oberösterreich (Personal der Unterabteilung Güterwege des Amtes der oö. Landesregierung) durchgeführt und die Bauleitung übernommen. Die Baumaßnahmen werden vom Personal der zuständigen Güterwegmeisterei ausgeführt bzw. überwacht und die Rechnungsführung von der Unterabteilung Güterwege wahrgenommen.

III.

Die in der oö. Gemeindeordnung festgelegten Rechte und Pflichten der Marktgemeinde werden durch die im Pkt. II. getroffenen Festlegungen in keiner Weise beeinträchtigt.

Abstimmung

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

c) Übernahme der Agenden der Kassa- und Schriftführung

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Bei der straßenrechtlichen Bauverhandlung für den Güterweg Grillparz am 24.3.2003 wurde eine Interessentengemeinschaft für den Bau des Güterweges gegründet.

Diese Interessentengemeinschaft hat in ihrer Stellungnahme die Gemeinde ersucht, die Kassa- und Schriftführung zu übernehmen.

Der Gemeindevorstand hat sich in seiner Sitzung am 6.5.2003 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung nachstehenden

A n t r a g e s,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Marktgemeinde Waizenkirchen übernimmt für den Bau des Güterweges Grillparz für die Interessentengemeinschaft die Kassa- und Schriftführung.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 10.) der TO.: Güterweg „Steinparz“; Baugrundsatzbeschluss, Beschluss des Übereinkommens und der Kassen- und Schriftführung

a) Bau-Grundsatzbeschluss und Beschlussfassung des Gemeindeanteiles

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Bei der straßenrechtl. Bauverhandlung für den Güterweg Steinparz am 24.3.2003 wurde ein Übereinkommen zwischen Gemeinde und Interessenten abgeschlossen, die Schätzung der Gesamtbaukosten vorgenommen und eine Finanzierungsdarstellung erstellt.

Um eine Gleichbehandlung mit früheren Güterwegprojekten sicherzustellen, wurde mit den Interessenten vereinbart, dass die von ihnen geleisteten Beiträge Fixbeträge sind. Sollten die Baukosten letztendlich höher sein als die veranschlagten Kosten, wird der höhere Anteil der Interessenten von der Marktgemeinde Waizenkirchen übernommen.

Der Gemeindevorstand hat sich in seiner Sitzung am 6.5.2003 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung des obigen Antrages.

Herr GVM. Mayr stellt daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Neubau des Güterweges Steinparz wird in Zusammenarbeit mit der Güterwegabteilung und nach Aufnahme in das Bauprogramm des Landes errichtet.

Die Finanzierung des Bauvorhabens Güterweg Steinparz (geschätzte Baukosten derzeit € 170.000,-) wird wie folgt aufgeteilt:

Förderungsmittel des Bundes und Landes	50,00 %
Beitrag der Marktgemeinde Waizenkirchen	43,70 %
Beitrag der Interessentengemeinschaft	6,30 %.

Sollten die Baukosten letztendlich höher als die derzeit geschätzten Kosten sein, übernimmt den Mehranteil der Interessentengemeinschaft die Gemeinde.“

Debatte:

Herr GVM. Reichert stellt die Anfrage, wie es zu den verschiedenen Beitragssätzen der Interessenten kommt.

Der Bürgermeister erklärt dies mit den unterschiedlichen Weglängen und der unterschiedlichen Anzahl der Interessenten, die jedoch alle den selben Hausanschlussbetrag bzw. dieselbe Hektarumlage entrichten müssen.

Herr GR. Josef Mair stellt die Anfrage, ob ein Durchbauen in Steinparz nie zur Debatte gestanden ist, da sich die Wege auf einige hundert Meter treffen.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies lange diskutiert wurde, die Verbindungsstücke vom Land allerdings nicht gefördert werden.

Herr GR. Ehrengrubler stellt die Anfrage, warum bei den Wegen so unterschiedliche lfm-Kosten herauskommen.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies mit den Geländeverhältnissen, von der Dichte der Bebauung, der Anzahl der Zufahrten und den Wasserableitungsmaßnahmen abhängig ist.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

b) Abschluss eines Übereinkommens mit dem Land Oberösterreich

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Für die Errichtung und Finanzierung des Güterweges Steinparz ist zwischen der Marktgemeinde und den Interessenten ein entsprechendes Übereinkommen abzuschließen.

Der Straßenausschuss hat sich in seiner Sitzung am 9.4.2003 und der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 6.5.2003 mit der Angelegenheit befasst und empfehlen dem Gemeinderat die Beschlussfassung des obigen Antrages.

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler stellt daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

Für die Errichtung und Finanzierung des Güterweges **Steinparz**, mit geschätzten Gesamtbaukosten in der Höhe von 170.000,-- Euro, welcher bei Stillfüssinger Gemeindestraße beginnt und zu den Anwesen

Steinparz Nr. 2 u. 3

in der Marktgemeinde Waizenkirchen führt (führen), wird nachstehendes

Ü B E R E I N K O M M E N

zwischen der **Marktgemeinde Waizenkirchen** (in der Folge „G e m e i n d e“ genannt) und den Liegenschaftseigentümern

Josef Lehner, 4730 Waizenkirchen, Steinparz 2

Erwin u. Franziska Mair, 4730 Waizenkirchen, Steinparz 3

(in der Folge „I n t e r e s s e n t e n“ genannt) geschlossen.

I.

Die Interessenten haben mit Schreiben vom 13.7.1993 bei der Gemeinde um den Ausbau des Güterweges unter Bereitstellung von Förderungsmitteln angesucht. Durch diesen Güterweg werden 27 ha landwirtschaftlich und 2 ha forstwirtschaftlich genutzter Grund erschlossen.

II.

Um die Realisierung dieses Bauvorhabens, das für die Erhaltung und Sicherung einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft dient, finanziell zu ermöglichen, wird das Vorhaben vom Amt der Oö. Landesregierung, Unterabteilung Güterwege – als der zuständigen Förderungsstelle –, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Oö. Landesregierung, mit Förderungsmittel im Ausmaß von 50 % der Brutto-/Netto-Gesamtbaukosten bezuschusst

III.

Die Gemeinde hat in der Gemeinderatssitzung vom 15.5.2003 beschlossen, 43,7 % der Brutto-/Netto-Gesamtbaukosten zu tragen.

IV.

Auf Grund der Punkte II. und III. hat (haben) der (die) Interessent(en) 6,3 % der Brutto-/ Netto-Gesamtbaukosten aufzubringen.

V.

Die Interessentenleistung teilt sich wie folgt auf die einzelnen Interessenten auf :

Josef Lehner, 4730 Waizenkirchen, Steinparz 2	47,35 %
Erwin u. Franziska Mair, 4730 Waizenkirchen, Steinparz 3	52,65 %
	<u>100,00 %</u>

VI.

Der (Die) Interessent(en) erklärt (erklären) sich zur Leistung dieser Baukostenbeiträge bereit und verpflichtet (verpflichten) sich, vor Baubeginn diesen Betrag auf das Konto – Nr.: 1800-000414 des Geldinstitutes Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen zur Einzahlung zu bringen.

VII.

Der Baubeginn wird im gegenseitigen Einvernehmen mit der Unterabteilung Güterwege vereinbart.

Der (Die) Interessent(en) ist (sind) vom tatsächlichen Baubeginn zeitgerecht (ca. 2–3 Wochen vorher) in Kenntnis zu setzen.

VIII.

Der (Die) Interessent(en) erklärt (erklären) sich einverstanden, dass der 880 m lange Güterweg mit einer 3,00 m breiten befestigten Oberfläche (Kronenbreite beträgt 4.00 m – beidseitig 50 cm Bankett) errichtet wird .

IX.

Der für die Errichtung des Güterweges benötigte Grund darf im hierfür erforderlichen Ausmaß betreten, vorübergehend bzw. dauernd beansprucht werden (siehe Grundabtretungsprotokoll).

X.

Auch ist der (sind die) Interessent(en) einverstanden, dass die Bauleitung von Organen der Unterabteilung Güterwege des Amtes der Oö. Landesregierung wahrgenommen wird und die Bauarbeiten von Bediensteten der Güterwegmeisterei Grieskirchen durchgeführt bzw. beaufsichtigt werden.

Bei der Bauausführung ist auf Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit unter Berücksichtigung aller technischen Notwendigkeiten zu achten.

Gleichzeitig akzeptiert (akzeptieren) der (die) Interessent(en) die Bedingungen des Amtes der Oö. Landesregierung in Bezug auf technische Ausführung und Beihilfengewährung.

XI.

Die vom (von den) Interessent(en) unterfertigte Förderungserklärung des Landes Oberösterreich ist dieser Vereinbarung als Beilage a) angeschlossen.

XII.

Die Gemeinde erklärt sich bereit, die Verwaltungsarbeiten sowie die Agenden der Kassaführung und Abrechnung für den (die) Interessenten zu übernehmen.

XIII.

Der (Die) Interessent(en) kann (können) seine (ihre) Beitragsleistungen in Hand- und Zugdiensten und/oder in Bar erbringen. Die Erbringung der Hand- und Zugdienste erfolgt nach Absprache mit dem Polier der Güterwegmeisterei.

XIV.

Die Hand- und Zugdienstleistungen werden nach den jeweils geltenden Stundensätzen bewertet.

Dies sind derzeit:Handdienste :

Vollarbeitskraft 8,40 Euro / Std.

Zugdienste :

Standardzugmaschine (Hinterradantrieb) mit Fahrer (ohne Zusatzgerät)

Bis einschl. 40 kW (54 PS) Leistung 18,30 Euro / Std.

Über 40 kW (54 PS) Leistung 24,00 Euro / Std.

Zusatzgeräte :

Anhänger bis 4,0 t Ladefähigkeit (mit Kippvorrichtung) 4,60 Euro / Std.

Anhänger über 4,0 t Ladefähigkeit (mit Kippvorrichtung) 6,00 Euro / Std.

Vakuumfass (mit ca. 3 m³ Inhalt) 6,70 Euro / Std.

Frontlader oder andere Zusatzgeräte (z.B.: Zwangsmischer) 5,40 Euro / Std.

XV.

Für die geleisteten Hand- und Zugdienste werden vom Polier der Güterwegmeisterei Bestätigungen in Form von sogenannten „Robotzetteln“ für erbrachte Naturalleistungen ausgestellt. Es werden bei der Abrechnung der Zufahrt nur bestätigte Robotleistungen anerkannt.

XVI.

Berührte Wasserleitungen und Wasserableitungen sind bei der Baudurchführung entsprechend zu schützen und nötigenfalls im Einvernehmen mit ihren Eigentümern abzuändern und/oder zu ergänzen.

XVII.

Berührte Weganschlüsse und Grundstückszufahrten sind an die neue Straßenfläche ordnungsgemäß anzuschließen. Wirtschaftseinfahrten sind im Einvernehmen mit dem(den) Interessenten zu errichten.

XVIII.

Außerhalb der Straßenanlage vom Bauvorgang berührte Grundflächen sind spätestens mit der Baufertigstellung wieder in ihren früheren Zustand zu versetzen.

XIX.

Nach Baufertigstellung des Güterweges wird dieser vermarktet und vermessen und die Grundbuchsordnung hergestellt.

XX.

Nach Fertigstellung des Güterweges (= nach Endabrechnung der Gesamtbaukosten) muss (müssen) der (die) Interessent(en) keine Beiträge zu den Kosten für die Erhaltung des Weges – soweit dieser als öffentliches Gut ausgeschieden ist – leisten.

Die Erhaltungskosten werden von der Gemeinde getragen.

XXI.

Dieses Übereinkommen wurde vom Gemeinderat in der Sitzung vom 15.5.2003 genehmigt.

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

c) Übernahme der Agenden der Kassa- und Schriftführung

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Bei der straßenrechtlichen Bauverhandlung für den Güterweg Steinparz am 24.3.2003 wurde eine Interessentengemeinschaft für den Bau des Güterweges gegründet.

Diese Interessentengemeinschaft hat in ihrer Stellungnahme die Gemeinde ersucht, die Kassa- und Schriftführung zu übernehmen.

Der Gemeindevorstand hat sich in seiner Sitzung am 6.5.2003 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung nachstehenden

A n t r a g e s,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Marktgemeinde Waizenkirchen übernimmt für den Bau des Güterweges Steinparz für die Interessentengemeinschaft die Kassa- und Schriftführung.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 11.) der TO.: Dipl.Ing. Günter Humer, Geboltskirchen; Honorarvorschlag für die Erweiterung eines Hochwasserschutzprojektes – Auftragsvergabe

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Auf Basis der vorhandenen Studien soll ein Detailprojekt für die Hochwasserschutzmaßnahmen im Bereich zwischen Wiesmühle bis zum Anwesen Danzer vom Büro Dipl.Ing. Humer, Geboltskirchen in Zusammenarbeit mit den Gewässerbezirk Grieskirchen erstellt werden.

Die Variante „Entlastungsgerinne“ soll dabei aufrecht bleiben, aber das gesamte Gebiet abwärts der Wehr in Stroiß bis zur Engstelle der Aschach unterhalb der Kläranlage und die Streckenabschnitte von Sandbach, Leithenbach und Prambach, die im Überflutungsbecken liegen, werden in die Berechnung miteinbezogen.

Es wird dazu als Vorleistung für das Detailprojekt ein 2-D-Modell erstellt, das die Auswirkungen des Projektes auf die Unterlieger klar darstellen soll.

Der Honorarvorschlag für die Planungen wurde mit dem Gewässerbezirk Grieskirchen abgesprochen. Als Auftraggeber muss aber nach den neuen Förderungsrichtlinien des Bundes die Gemeinde auftreten.

Die Planungskosten sind Bestandteil des Gesamtprojektes und werden daher auch entsprechend gefördert.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 6.5.2003 die Angelegenheit beraten und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung des Antrages.

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Marktgemeinde Waizenkirchen erteilt dem Büro Dipl.Ing. Günter Humer, 4682 Geboltskirchen 70 den Auftrag für die Erstellung eines einreichfähigen Detailprojektes für die Errichtung von Hochwasserschutzmaßnahmen im Ortsbereich von Waizenkirchen lt. Honorarvorschlag vom 3.4.2003.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
 Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
 (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 24 Mitglieder.
 Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 12.) der TO: Erweiterung der Abwasserbeseitigungsanlage Waizenkirchen BA 07 u. 08 – Auftragsvergabe; Beratung und Beschlussfassung

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler berichtet:

Die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung der Abwasserbeseitigungsanlage Bauabschnitte 07-08 wurden öffentlich ausgeschrieben.
 Diese Bauabschnitte umfassen die Ortschaften Kollerbichl, Imperndorf, Niederspaching, Hueb b. Manzing, Kranabithen, Manzing sowie die Dichtl- und Mayrhubergründe.
 Die Angebotseröffnung fand am 13.5.2003 statt, wozu 9 Anbote eingelangt sind.

1. Fa. Illichmann-Haider, Steyr	€ 1,170.706,63
2. ARGE Held&Francke/Glatzhofer	€ 1,181.000,98
3. Fa. Strabag, Linz	€ 1,186.770,06
4. Fa. Alpine-Mayreder, Taufkirchen/Pr.	€ 1,283.111,72
5. Fa. Moser, Wels	€ 1,305.398,40
6. Fa. Porr, Linz	€ 1,310.850,20
7. Fa. C.Peters, Linz	€ 1,384.484,82
8. Fa. Niederndorfer, Attnang-Puchheim	€ 1,464.429,48
9. Fa. Felbermayr, Salzburg	€ 1,496.198,06

Als Billigstbieter und auch Bestbieter ging somit die Fa. Illichmann-Haider aus St. Ulrich/Steyr mit einer Anbotssumme von € 1,170.706,63 inkl. MWSt. hervor.
 Die Angebote wurden vom Büro Dr. Flögl, Linz überprüft und es liegen gegen das sachlich und rechnerisch überprüfte Angebot keine Ausscheidungsgründe vor.
 Nachdem die Fa. Illichmann-Haider Billigstbieter ist und die fachliche Qualifikation zur Ausführung derartiger Bauvorhaben gegeben ist, wird von Herrn Dipl.Ing. Dr. techn. Werner Flögl, Linz die Vergabe der ausgeschriebenen Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten an den Billigstbieter, die Firma Illichmann-Haider BaugesmbH, Werkstraße 7, 4451 St. Ulrich/Steyr, vorgeschlagen.
 Obwohl die Zustimmung des Amtes der öö. Landesregierung zur Vergabe noch nicht vorliegt, ist es für einen rechtzeitigen Baubeginn sinnvoll, den Auftrag bereits in der heutigen Sitzung, vorbehaltlich der Zustimmung des Amtes der öö. Landesregierung zu erteilen.

A n t r a g

der Gemeinderat möge beschließen:

" Die Marktgemeinde Waizenkirchen erteilt vorbehaltlich der Vergabezustimmung des Amtes der OÖ. Landesregierung der Firma Illichmann-Haider BaugesmbH, Werkstr. 7, 4451 St. Ulrich/Steyr den Auftrag für die Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung der ABA BA 07-08 im Rahmen des Bauprogramms 2003-2004, mit einer Auftragssumme von € 1,170.706,63 inkl. MWSt."

Debatte:

Herr GR. Ehrengruber stellt die Anfrage, ob die Fa. Bauernfeind auch Richtung Imperndorf angeschlossen wird.

Herr Rabeder erklärt, dass dies wahrscheinlich nicht der Fall sein wird, weil in Moospolling der Kanal nur verlängert werden muss.

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 13.) der TO.: Abschluss einer Vereinbarung mit der UNION Waizenkirchen zur Übertragung eines Baurechtes zum Zwecke der Errichtung und Betrieb eines Vereinsheimes mit Turnhalle

Herr Bgm. Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Die Marktgemeinde Waizenkirchen hat der UNION Waizenkirchen zum Zwecke der Errichtung eines Vereinsheimes mit Turnhalle das ehemalige Falterbauerhaus, Grundst.Nr. 123, EZ. 186, KG. Waizenkirchen zur Verfügung gestellt. Eigentümer bleibt jedoch die Marktgemeinde Waizenkirchen. Es ist daher mittels einer Vereinbarung das Baurecht und Benützungsrecht an die UNION zu übertragen.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 6.5.2003 die Angelegenheit vorberaten und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung nachstehender Vereinbarung.

A n t r a g,

der Gemeinderrat möge beschließen:

Vereinbarung

abgeschlossen zwischen der

Marktgemeinde Waizenkirchen als Grundeigentümerin, im Folgenden kurz: Gemeinde, vertreten durch Bürgermeister Ing. Josef Doppler und

UNION Waizenkirchen, im Folgenden kurz: Verein, vertreten durch Obmann Mag. Franz Zimmerer wie folgt:

Gegenstand: Übertragung eines Baurechtes an die UNION Waizenkirchen

1. Die Gemeinde überläßt dem Verein das Grundstück, GstNr. 123, EZ 186, KG Waizenkirchen, zum Zwecke der Errichtung und den Betrieb eines Vereinsheimes mit Turnhalle für die Dauer von 99 Jahren (in Worten: neunundneunzig Jahre), beginnend mit 31. 03. 03.

2. Die Gemeinde haftet für keine besondere Beschaffenheit des Grundstückes. Die technischen Anschlusseinrichtungen für Heizung, Wasser, Kanal und Anschluß an die öffentliche Strasse können vom Verein in Anspruch genommen werden.
3. Für die Überlassung des Grundstückes wird ein Pachtzins von 1 Euro (in Worten: ein Euro), fällig zum 1. April eines jeden Jahres, vereinbart.
4. Die Gemeinde als Grundeigentümerin beantragt die Baubewilligung für die Errichtung des Vorhabens. Die Planunterlagen werden von der UNION auf deren Kosten beigestellt. Nach Rechtskraft der Bewilligung tritt die UNION als Bauherr in die Baubewilligung ein.
5. Die Verantwortung für eine fachgerechte Ausführung und Finanzierung des Vorhabens übernimmt ausschließlich der Verein.
6. Eine Vermietung an Dritte, insbesondere für eine nicht sportliche Tätigkeit, ist nur unter Zustimmung der Gemeinde zulässig. Die Betriebskosten hat der Mieter zu leisten.
7. Die Vertragsparteien verzichten auf eine grundbücherliche Sicherstellung des Baurechtsvertrages.
8. Die Benutzung des Hauptschulturnsaales ist an einem Dienstag und Freitag für Meisterschaftsspiele weiterhin zulässig. Für die Benützung bei Turnieren oder sonstigen Veranstaltungen gelten die üblichen Bedingungen der Gemeinde.

Waizenkirchen, am

Für die Gemeinde:

Für die UNION

Ing. Josef Dopler, Bürgermeister

Mag. Franz Zimmerer, Obmann

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
 Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
 (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 24 Mitglieder.
 Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 14.) der TO.: Sanierung Freibad – Bericht

Der Bürgermeister berichtet, dass der 15. Mai als Fertigstellungstermin ja bekannterweise nicht eingehalten werden kann und nun der 29. Mai für die Fertigstellung und Inbetriebnahme fixiert wurde. Es sind auch nur mehr Restarbeiten durchzuführen und insgesamt kann man den am Bau beteiligten Firmen ein gutes Zeugnis ausstellen.
 Lediglich bei den Pflasterungen gab es kurzfristig Probleme, die jedoch auch behoben werden konnten.

Es größeres Problem ist die Kostensteigerung, die zu verzeichnen ist. Er verliest dazu ein Schreiben von der Bauleitung, in dem die Gründe für die Kostensteigerung von derzeit € 110.000,-- angeführt werden.

Herr GR. Helmhart versteht nicht, warum die Subunternehmer nicht ausgeschlossen wurden bzw. warum man der Mitteilungspflicht nicht zeitgerecht nachgekommen ist.

Bei einer Erhöhung von über 10 % der Kosten besteht Beleg- und Mitteilungspflicht lt. ÖNORM. Er muss hier auch die Bauleitung entsprechend tadeln, denn das dürfte nicht vorkommen.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Kostensteigerung z.T. auch aufgrund von Empfehlungen des Landes entstanden sind oder weil man während des Baus draufgekommen ist, dass es sinnvoller ist den einen oder anderen Bauteil abzureißen und neu zu bauen.

Herr GR. Ehrengruber stellt die Anfrage, ob als Bettung für das Pflaster Splitt oder Splittbeton ausgeschrieben wurde.

Der Bürgermeister erklärt, dass er dies jetzt nicht beantworten kann, er aber weiß, dass ein Splitt-/Zementgemisch aufgebracht wurde.

Herr GR. Ehrengruber ist der Meinung, dass Splitt billiger gewesen wäre.

Herr GR. Rudolf Mair stellt die Anfrage, wer den Mehraufwand sachlich prüft.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies durch das Amt der oö. Landesregierung erfolgt.

Herr GR. Rudolf Mair ist der Meinung, dass man jetzt bei dem Punkt angelangt ist, den sie schon lange prophezeit haben, nämlich, dass ein Neubau des Freibades auch nicht teurer gekommen wäre und zudem hochwassersicher errichtet hätte werden können.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Bericht wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Zu Pkt. 15.) der TO.: Erlassung einer Badeordnung für das Freibad Waizenkirchen

Herr Bürgermeister Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Die Marktgemeinde Waizenkirchen hat zur Aufrechterhaltung eines geregelten Badebetriebes für das Freibad eine Badeordnung zu erlassen. Von der Wirtschaftskammer Oberösterreich, Fachverband der Bäder Österreichs, wurde eine Musterbadeordnung aufgelegt, die großteils übernommen bzw. geringfügig ergänzt wird. Die letzte Badeordnung stammt aus dem Jahr 1968 und entspricht nicht mehr den heutigen Gegebenheiten.

Der Gemeindevorstand hat sich in seiner Sitzung am 06.05.2003 mit der gegenständlichen Angelegenheit befasst und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung der vorliegenden Badeordnung.

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

Badeordnung für das Freibad Waizenkirchen

Werte Gäste!

Mit Erwerb einer Eintrittskarte schließen Sie mit der Badeanstalt einen Badebesuchsvertrag ab und anerkennen damit die folgende Badeordnung als Vertragsinhalt.

BADEORDNUNG

1. Pflichten der Badeanstalt

1.1. Gewährung der Benutzung der Anlagen, Gefahrtragung der Gäste

(1) Die Badeanstalt ermöglicht den Gästen, die Einrichtungen der Badeanlage im Rahmen der Vorschriften dieser Badeordnung auf eigene Gefahr zu benutzen.

(2) Es ist weder der Badeanstalt noch dem Personal möglich, Badeunfälle generell zu verhüten. Insbesondere tragen die Gäste selbst die mit der Ausübung des auf dem Badegelande ausgeübten Sportes verbundenen Gefahren.

(3) Gleiches gilt für Verletzungen und sonstige Eingriffe in die Persönlichkeitssphäre des Gastes durch andere Gäste oder sonstige, nicht zum Personal der Badeanstalt gehörende Dritte.

(4) Die Badeanstalt übernimmt gegenüber den Gästen ausschließlich die in der Folge angeführten Pflichten:

1.2. Öffnungszeiten und Zutrittsgewährung

(1) Die Badeanstalt ist gehalten, den Besuch während der durch Anschlag oder durch das Aufsichtspersonal bekannt gegebenen Öffnungszeiten zu ermöglichen.

(2) Die Badeanstalt behält sich vor, Personen, deren Zulassung zum Badebesuch bedenklich erscheint, den Zutritt ohne Angabe von Gründen zu verwehren.

1.3. Zustand und Bedienung der Anlagen

(1) Die Badeanstalt steht dafür ein, dass die Anlagen vorschriftsgemäß errichtet, bedient und gewartet werden. Insbesondere hat die Badeanstalt alle geltenden Hygiene- und Sicherheitsvorschriften einzuhalten. Weitere Verpflichtungen der Badeanstalt bestehen nicht.

(2) Der Badegast ist selbst für die Einhaltung von Anordnungen des zuständigen Personals verantwortlich

1.4. Kontrolle der Einhaltung der Badeordnung

Die Badeanstalt kontrolliert im Rahmen des Zumutbaren mit Hilfe ihres zuständigen Personals die Einhaltung der Badeordnung durch Gäste und sonstige, sich auf dem Gelände der Badeanstalt aufhaltende Personen. Wird ordnungswidriges Verhalten festgestellt, werden die betreffenden Personen verwarnet und können erforderlichenfalls des Geländes verwiesen werden.

1.5. Hilfe bei Unfällen

Kommt es zu einem Unfall, leitet die Badeanstalt mit Hilfe ihres zuständigen Personals im Rahmen des Zumutbaren unverzüglich Hilfsmaßnahmen ein.

1.6. Hilfe bei der Abwehr angezeigter Gefahren

Wird der Badeanstalt, insbesondere dem zuständigen Personal, von Gästen eine drohende Gefahr für die Gesundheit und das Leben von Gästen glaubhaft gemacht, ist die Badeanstalt mit Hilfe ihres Personals im Rahmen des Zumutbaren bemüht, diese Gefahr abzuwenden.

1.7. Keine Möglichkeit zur Beaufsichtigung Unmündige, Behinderter und Nichtschwimmer

Die Badeanstalt und damit ihr Personal ist nicht in der Lage und daher auch nicht verpflichtet, unmündige bzw. körperlich oder geistig behinderte Personen und Nichtschwimmer zu beaufsichtigen.

1.8. Haftung der Badeanstalt

(1) Die Badeanstalt haftet nur für solche Schäden, die sie oder ihr Personal dem Gast durch rechtswidriges, insbesondere vertragswidriges, und schuldhaftes Verhalten zugefügt hat.

(2) Die Badeanstalt haftet nicht für Schäden, die durch Missachtung der Badeordnung, allfälliger sonstiger Benützungsregelungen oder durch Nichtbeachtung der Anweisungen des Personals, durch sonstiges eigenes Verschulden des Geschädigten oder durch unabwendbare Ereignisse bzw. höhere Gewalt, insbesondere auch durch Eingriffe dritter Personen, verursacht werden. Mitverschulden führt zu entsprechender Schadensteilung. Gleiches gilt sinngemäß für allfällige bei den jeweiligen Geräten und Einrichtungen ausgehängten Benützungsregeln (z.B. für Rutsche, Sprungturm, etc.).

(3) Die Benutzung von Parkplätzen erfolgt auf eigene Gefahr. Die Badeanstalt ist weder gehalten, Parkplätze zu bewachen noch ihre Flächen und sonstigen Einrichtungen zu warten, um die Fahrzeuge vor Schaden (z.B. durch auf den Flächen befindliche Nägel, Glasscherben oder Schlaglöcher) zu bewahren.

(4) Gleiches gilt sinngemäß für die bei den jeweiligen Geräten und Einrichtungen ausgehängten Benützungsregeln (insbesondere für Rutschen, Sprungturm).

2. Pflichten der Gäste

2.1. Eintrittskarten, Schlüssel, Wertkarten; Entgelte

(1) Die Benützung der Badeanlagen ist nur mit einer gültigen Eintrittskarte laut Tarifordnung zulässig. Die Tarifordnung ist Teil der Badeordnung.

(2) Eintrittskarten sind während der gesamten Dauer des Badebesuches aufzubewahren. Abhanden gekommene Eintrittskarten werden nicht neu ausgestellt. Der Besucher hat das Bad zu verlassen oder eine neue Eintrittskarte zu lösen.

(3) Für ausgegebene Schlüssel kann auf Grund der geltenden Tarife eine Kautions verlangt werden.

(4) Ausgegebene Schlüssel oder Wertkarten sind beim Verlassen des Bades zurückzugeben.

(5) Für abhanden gekommene Schlüssel ist Ersatz zu leisten.

2.2. Aufsicht über Kinder, minderjährige Nichtschwimmer und behinderte Personen

(1) Für die Aufsicht über Kinder, minderjährige Nichtschwimmer sowie über körperlich oder geistig Behinderte haben die für diese Personen auch sonst Aufsichtspflichtigen (z.B. die erziehungsberechtigten Angehörigen oder entsprechendes Aufsichts- oder Pflegepersonen) gehörig vorzusorgen.

(2) Diese aufsichtspflichtigen Personen bleiben für die Aufsicht auch dann verantwortlich, wenn sie das Gelände der Badeanstalt nicht betreten oder vorzeitig wieder verlassen.

(3) Kinder, die das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, haben nur in Begleitung einer befugten Aufsichtsperson Zutritt. Die Badeanstalt ist nicht verpflichtet, die Erklärung der Begleitperson, zur Aufsicht befugt zu sein, zu überprüfen, sondern darf auf die Richtigkeit der von der Begleitperson gemachten Erklärung vertrauen, ist jedoch gegebenenfalls befugt, die Aufsichtsperson als offenkundig ungeeignet zurückzuweisen. Die Begleitperson übernimmt mit der Erklärung, zur Aufsicht befugt oder bereit zu sein, die Aufsichtsverantwortung. Die Aufsichtsperson ist für das Verhalten der von ihr begleiteten Kinder im Bad und für die Einhaltung der Badeordnung uneingeschränkt verantwortlich.

Wird die Badeanlage von Personen unter Außerachtlassung dieser Bestimmung dennoch betreten, so bleiben die sonstigen Aufsichtspflichtigen (z.B. die erziehungsberechtigten Angehörigen) uneingeschränkt verantwortlich.

(4) Die jeweils geltenden Jugendschutzbestimmungen, insbesondere Alkohol- und Rauchverbote, Aufenthaltsverbote, Verpflichtungen der Erziehungsberechtigten, sind von den Jugendlichen und ihren Erziehungsberechtigten einzuhalten.

2.3. Aufsicht bei Gruppenbesuchen

(1) In Fällen von Gruppenbesuchen hat bei Schülern die hierfür zuständige Aufsichtsperson, bei Vereinen und anderen Organisationen der hierfür zuständige Funktionär für die Einhaltung der Badeordnung zu sorgen und dafür die volle Verantwortung zu tragen. Die diesbezüglichen eigenen Aufsichtspersonen haben während der gesamten Dauer des Gruppenbesuches anwesend zu sein.

(2) Diese Aufsichtspersonen haben mit dem Aufsichtspersonal der Badeanstalt das gehörige Einvernehmen zu pflegen, um zu gewährleisten, dass der übrige, normale Badebetrieb durch den Gruppenbesuch nicht gestört wird.

2.4. Anweisungen des Personals der Badeanstalt

(1) Die Gäste sind verpflichtet, den Anweisungen des zuständigen Personals der Badeanstalt uneingeschränkt Folge zu leisten. Dies gilt auch dann, wenn ein Gast der Auffassung sein sollte, die ihm erteilte Anweisung sei nicht gerechtfertigt.

(2) Wer die Badeordnung bzw. Benützungsverbote für bestimmte Einrichtungen (z.B. Rutsche, Sprungturm) übertritt oder sich den Anweisungen des zuständigen Personals widersetzt, kann ohne Anspruch auf Rückerstattung des Eintrittsgeldes von diesem oder einem sonstigen Repräsentanten der Badeanstalt aus dem Bad gewiesen werden.

(3) In besonderen Fällen kann auch ein Besuchsverbot für die Zukunft ausgesprochen werden.

2.5. Hygienebestimmungen

(1) Die Gäste sind in der gesamten Badeanlage zu größter Sauberkeit verpflichtet.

(2) Die Badeanlage darf nicht mit ansteckenden Krankheiten besucht werden.

(3) Vor jedem Betreten des Beckens ist aus hygienischen Gründen zu duschen. Die Brausen sind nach dem Gebrauch sofort abzdrehen.

(4) Die Benützung von Seife, Shampoos oder Waschmitteln sowie das Waschen der Badebekleidung in Schwimm- und Badebecken ist untersagt.

(5) Abfälle (Flaschen, Gläser, Dosen, Papier etc.) sind in die vorgesehenen Abfallbehälter zu geben.

2.6. Unterlassen von Gefährdungen und Belästigungen

- (1) Jeder Gast ist vor allem im Hinblick auf Lärmentwicklung verpflichtet auf die anderen Badegäste Rücksicht zu nehmen. Es ist daher alles zu unterlassen, was andere Badegäste belästigt oder gar gefährdet.
- (2) Die Abgrenzungen des Badegeländes dürfen nicht er- und überklettert werden.
- (3) Alle Anlagen und Einrichtungen des Bades dürfen nur entsprechend ihrer Zweckbestimmung benutzt werden (z.B. Kinderplanschbecken, Nichtschwimmerbereich, Wasserrutschen).

2.7. Sprungbereich

- (1) Der Sprungbetrieb ist nur in hierfür vorgesehenen Becken oder Beckenteilen und zu den dazu vorgeschriebenen Zeiten unter Anwesenheit des zuständigen Personals gestattet.
- (2) Der Sprungbetrieb kann bei entsprechender Besucherfrequenz eingeschränkt werden.
- (3) Springer haben von sich aus darauf zu achten, dass die anderen Badegäste nicht gefährdet werden.
- (4) Der Sprungbereich darf während des Springens von den übrigen Badegästen nicht benützt werden.

2.8. Benützung von Zusatzeinrichtungen

- (1) Liegestühle, Tischtennisgeräte und andere Einrichtungen können, solange der Vorrat reicht, gegen entsprechende Benützungsgebühr verwendet werden.
- (2) Für Verlust oder Beschädigung ist Ersatz zu leisten.

2.9. Einbringung und Verlust von Gegenständen, Abstellen von Fahrzeugen

- (1) Wertgegenstände sind an der Badekasse gegen Quittung zu deponieren; für sonst in das Badegelände eingebrachte Wertgegenstände wird keine Haftung übernommen.
- (2) Gefundene Gegenstände sind an der Badekasse gegen Bestätigung abzugeben.
- (3) Fahrzeuge oder sonstige Gegenstände dürfen nur so abgestellt werden, dass der Zugang zum Bad, insbesondere auch im Hinblick für Rettungs-, Feuerwehr- oder Polizeieinsätze, nicht verstellt wird.

2.10 Meldepflichten / Hilfeleistungspflicht

- (1) Unfälle, Diebstähle sowie Beschwerden sind dem zuständigen Personal oder der Leitung des Badeanstalt sofort zu melden.
- (2) Jeder Gast ist verpflichtet, die notwendige erste Hilfe oder andere Hilfestellungen zu leisten.

2. 11.Sonstige gewerbliche Tätigkeit / Werbung

Jede Art von gewerblicher Tätigkeit oder Werbung im Bereich der Badeanstalt bedarf der Zustimmung des Eigentümers.

3. Inkrafttreten

Die gegenständliche Badeordnung tritt mit Beginn der Badesaison 2003 in Kraft.

Zu Pkt. 16.) der TO.: Pensionskassenvorsorge für Oö. Gemeinde-Vertragsbedienstete; Erteilung einer Vollmacht an das Land OÖ – DRINGLICHKEITSANTRAG

Herr Bürgermeister Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Das Land Oberösterreich hat bereits für seine Beamten und Vertragsbediensteten und für die Beamten der oö. Gemeinden und Gemeindeverbände einen Pensionskassenvertrag abgeschlossen. Es ist nun beabsichtigt, auch für die Vertragsbediensteten der oö. Gemeinden und Gemeindeverbände einen Pensionskassenvertrag, der sowohl seitens der Gemeinde als auch seitens der Vertragsbediensteten freiwillig ist, abzuschließen. Der Arbeitgeberbeitrag zur Pensionskasse beträgt gemäß § 160 Abs. 2 Oö. GDG 2002 1,5 % des Monatsbezuges des Vertragsbediensteten. Im Sinne einer Gleichbehandlung der Gemeindebediensteten mit denen des Landes Oberösterreich wird seitens des Gemeindebundes davon ausgegangen, dass jede Gemeinde diese Möglichkeit auch für ihre Vertragsbediensteten einräumt. In diesem Fall wird dringend empfohlen vom Angebot der Bevollmächtigung des Landes Oberösterreich Gebrauch zu machen, da eine Gemeinde auf sich allein gestellt in Hinblick auf die geringe Anzahl der in einer Gemeinde betroffenen Bediensteten keinesfalls auch nur annähernd gleich günstige Konditionen erreichen könnte.

Das Muster einer diesbezüglichen Vollmacht liegt vor.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 06.05.2003 die Angelegenheit beraten und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung der entsprechenden Vollmacht.

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

VOLLMACHT

erteilt von der Marktgemeinde Waizenkirchen,
aufgrund des Beschlusses des Gemeinderates vom 15. Mai 2003
an das Land Oberösterreich, p.A. Klosterstraße 7, A-4021 Linz

1.

Das Land Oberösterreich hat sowohl für seine Beamten und Vertragsbediensteten als auch für die Beamten der oö. Gemeinden (mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut) und Gemeindeverbände bereits einen Pensionskassenvertrag abgeschlossen. Nunmehr ist beabsichtigt, auch für die Vertragsbediensteten der oö. Gemeinden (mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut) und Gemeindeverbände einen Pensionskassenvertrag abzuschließen.

Im Sinne der Verfahrensökonomie und eines einheitlichen Pensionskassensystems wurde bereits bei Abschluss des Pensionskassenvertrages für die Beamten die Möglichkeit vorgesehen, die Vertragsbediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände durch einen Anschlussvertrag in den bestehenden Pensionskassenvertrag einzubeziehen.

2.

Die Gemeinde erteilt daher dem Land Oberösterreich die Vollmacht, die Dienstleistung „Pensionskasse für die Vertragsbediensteten der Marktgemeinde Waizenkirchen“ im Rahmen des vom Land Oberösterreich vorzubereitenden und auszuverhandelnden Anschlussvertrages abzuschließen. Das Land Oberösterreich hat das gesamte Verfahren (die Verhandlungen) durchzuführen, alle aus der Sicht des Landes in diesem Zusammenhang notwendigen und zweckmäßigen Schritte zu setzen und den Vertrag im Namen und auf Rechnung der Gemeinde abzuschließen. Gleichzeitig erteilt die Gemeinde dem Land Oberösterreich die Vollmacht, den Pensionskassenvertrag für Beamte und den Anschlussvertrag für Vertragsbedienstete an die durch künftige Novellierungen des Betriebspensionsgesetzes (BPG), BGBl.Nr. 282/1990, i.d.F. BGBl. Nr. 139/1997 bedingten Änderungen jeweils anzupassen. Über Vertragsanpassungen sind die Gemeinden schriftlich zu informieren.

3.

Das Land Oberösterreich ist bei den von ihm im Namen und auf Rechnung der Gemeinde durchzuführenden Vertragsverhandlungen an keine Aufträge der Gemeinde gebunden. Die Gemeinde ist über die maßgeblichen Schritte schriftlich zu informieren. Der Gemeinde sind auch alle relevanten Urkunden, insbesondere eine Ausfertigung des abgeschlossenen Pensionskassenvertrages zur Verfügung zu stellen.

4.

Diese Vollmacht wird unwiderruflich erteilt.

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
 (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 24 Mitglieder.
 Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 15.) der TO.: Allfälliges

a) **Personalaufnahmen**

Der Bürgermeister berichtet, dass der Gemeindevorstand in seiner letzten Sitzung einige Personalaufnahmen für das Gemeindeamt getätigt hat. Es sind dies Herr Wilhelm Hoffmann aus Prambachkirchen für den Bereich Bauwesen, Herr Herbert Zöbl aus St. Georgen für die Buchhaltung und Herr Florian Weinbauer aus St. Agatha für die Kasse.

b) **Bebauungsplan Greiml**

Der Bürgermeister berichtet, dass es hinsichtlich des Bebauungsplanes Greiml seitens des Landes Versagungsgründe gibt und zwar mangels öffentlichem Interesse. Es gibt hier auch Bedenken des Wasserrechts, die jedoch bei der letzten gewerberechtl. Verhandlung etwas entschärft wurden.

c) **Kindergarten-Anmeldungen**

Der Bürgermeister berichtet, dass es im Kindergarten im kommenden Jahr voraussichtlich 3 Gruppen zu je 23 Kindern und eine Integrationsgruppe mit 15 Kindern geben wird. Für eine Sommerbetreuung gibt es bisher zuwenig Interessenten.

d) **Junioren-Radrundfahrt**

Der Bürgermeister berichtet, dass am 6. Juli die OÖ. Juniorenradtour stattfindet. In Waizenkirchen wird dabei 2x durchgefahren.

e) **Unionhaus-Neubau**

Der Bürgermeister berichtet noch von den Verhandlungen bez. Errichtung des Unionhauses und zeigt dazu eine Fotomontage, die die Halle nach Fertigstellung zeigt. Streitpunkt ist noch die Dachausführung, wo die Gemeinde und der Ortsplaner auf dem Standpunkt stehen, dass der niedrigere Teil des Pultdaches der Straßen zugewandt werden soll.

f) **Logo Freibad**

Der Bürgermeister zeigt weiters noch einen Entwurf des Linzer Künstler Thomas Pühringer für die Gestaltung des Freibadlogos. Aus Kostengründen wird man aber darauf nicht zurückgreifen, sondern hat ein eigenes Logo entworfen.

---o0o---

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21.45 Uhr.

Vorsitzender

ÖVP-Gemeinderat

Schriftführer

SPÖ-Gemeinderat

FPÖ-Gemeinderat

LF&U-Gemeinderat

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom _____ keine Einwendungen erhoben wurden*, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde*.

Waizenkirchen, am _____

Vorsitzender:

*) Nichtzutreffendes streichen